

### **Bund trägt Krankenversicherungsbeiträge für 3,25 Millionen der Arbeitslosengeld II Empfänger**

Für ungefähr die Hälfte (3,25 Millionen) der insgesamt 6,734 Millionen Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II hat der Bund im Berichtsmonat September 2009 die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Frage der Abgeordneten Frau Dr. Martina Bunge, Die Linke, hervor. Auf die weitergehende Frage, wie viele Personen in dieser Konstellation beitragsfrei mitversichert seien, konnte die Bundesregierung jedoch keine genaue Antwort geben, da Daten über die beitragsfreie Familienversicherung in der Grundsicherungsstatistik nicht vorlägen. Daher könnten bei den Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld II, die über keinen individuellen Anspruch auf Beitragstragung oder Zuschüsse zur Kranken- bzw. Pflegeversicherung verfügen, sowohl Fälle enthalten sein, die beitragsfrei mitversichert sind als auch aufgrund der Höhe des eigenen Einkommens nicht mehr auf die Beitragszahlungen der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen sind, soweit die Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 17/494).

### **Mehreinnahmen von 1,2 Mrd. Euro und Minderausgaben von 1,3 Mrd. Euro im laufenden Jahr erwartet**

Nach den aktuellen Prognosen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft sollen die gesetzlichen Krankenversicherungen im laufenden Jahr Minderausgaben in Höhe von 1,3 Mrd. Euro und infolge der konjunkturellen Erholung Mehreinnahmen von 1,2 Mrd. Euro verbuchen können. Eine Änderung des vorgesehenen zusätzlichen Bundeszuschuss an die gesetzlichen Krankenkassen in Höhe von 3,9 Mrd. Euro im Jahr 2010 werde es aufgrund fehlender belastbarer Erkenntnisse jedoch nicht geben, so die Bundesregierung auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Harald Weinberg, Fraktion Die Linke. Die Bundesregierung wies jedoch darauf hin, dass sie derzeit turnusgemäß eine neue Projektion zur wirtschaftlichen Entwicklung erstelle, die der Schätzerkreis in seiner Frühjahrssitzung einbeziehe. Es bleibe daher abzuwarten, inwiefern sich hieraus neue Erkenntnisse zur Einnahmesituation der gesetzlichen Krankenversicherung ergeben, erklärte die Bundesregierung (BT-Drs. 17/494).

#### Impressum

berlin aktuell

Pressestelle der deutschen Ärzteschaft  
Alexander Dückers  
Samir Rabbata  
Jessica Beyer  
Jana Kromer

Herbert-Lewin-Platz 1 · 10623 Berlin  
Tel. (030) 40 04 56-358 · Fax -707  
presse@baek.de · www.baek.de

### **Rösler wendet sich an die Abgeordneten der Regierungsfractionen**

In einem Brief an die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages erläuterte Bundesgesundheitsminister Rösler die aktuelle Lage zu den Zusatzbeiträgen und wies auf die bevorstehenden Gespräche mit Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen zur Möglichkeit von Einsparungen insbesondere im Arzneimittelbereich hin. Den Abgeordneten lieferte der Minister zudem noch einen Überblick zu den gesetzlichen Regelungen im Hinblick auf die Zusatzbeiträge sowie eine Liste mit Fragen und Antworten zu dem Thema.

[Rösler-Brief mit Anlagen](#)

#### **Impressum**

**berlin aktuell**

#### **Pressestelle der deutschen Ärzteschaft**

Alexander Dückers  
Samir Rabbata  
Jessica Beyer  
Jana Kromer

Herbert-Lewin-Platz 1 · 10623 Berlin  
Tel. (030) 40 04 56-358 · Fax -707  
presse@baek.de · www.baek.de